

Mit Courage gegen den Klimawandel

Bei der Reduktion der Treibhausgase ist „Geschachere“ der falsche Weg

Im Artikel „Schlimmer als die schlimmste Prognose“ vom 5./6. November stand, von 2009 auf 2010 sei eine globale CO₂-Emissionszunahme von sechs Prozent auf 33,5 Milliarden Tonnen verzeichnet worden. Deutschland hat nach sieben Prozent minus im Jahr 2009 im darauffolgenden Jahr 2010 wieder vier Prozent zugelegt, also insgesamt eine Reduktion seiner Treibhausgase um drei Prozent erreicht. In den USA, Frankreich, Großbritannien und Japan verhielt es sich ähnlich. Das hört sich gut an. Schuld an der globalen Eskalation der Treibhausgasemission sind also die Schwellenländer und hier im Besonderen China und Indien. Diese Länder hatten im gleichen Zeitraum eine Steigerungsrate von etwa 16 Prozent.

Doch wie so oft im Leben, sagen auch hier Prozentzahlen allein betrachtet nur die halbe Wahrheit. Tatsache ist, dass der Pro-Kopf-Ausstoß in Deutschland bei etwa elf Tonnen pro Jahr und in den USA gar bei 19 Tonnen pro Jahr lag. Im Vergleich dazu lag dieser in China bei nur fünf Tonnen und in Indien gar nur bei drei Tonnen. Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBGU) hat versucht, das Problem vom Ziel her zu ergründen. Soll die globale Erwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius begrenzt bleiben, wie vom internationalen Klimarat in Cancun beschlossen, können global gesehen noch etwa 750 Milliarden Tonnen CO₂ freigesetzt werden. Bei einem derzeitigen globalen Ausstoß von etwa 33,5 Milliarden Tonnen pro Jahr wäre dieses Kontingent ohne Steigerungsrate in gut 20 Jahren erschöpft. Fällt die Erwärmung höher aus, übersteigen die Folgekosten den Vermeidungsaufwand ganz erheblich.

Teilt man diese 750 Milliarden Tonnen durch sieben Milliarden Menschen, verbleiben für jeden Erdbewohner noch etwa 100 Tonnen absolut. Bei unserem derzeitigen Pro-Kopf-Ausstoß hätten wir diesen Freiraum innerhalb der nächsten zehn Jahre ausgefüllt. Dazu kommt, dass der bisherige CO₂-Anstieg in der Atmosphäre größtenteils durch die Industrienationen verursacht wurde und die Schwellenländer nun auch „billige Energie“ nutzen möchten. Egal wie „dieses Geschachere“ endet, die Industrienationen tun gut daran, sich möglichst schnell und mit aller Anstrengung vom Fossilzeitalter zu verabschieden, sie müssen zeigen, dass ein gutes Leben auch ohne CO₂-Emissionen möglich ist.

Im WBGU-Bericht wird dem fossil nuklearen Stoffkreislauf jede Zukunftsfähigkeit abgesprochen. Den Politikern aller Couleur rät er zu couragierterem Handeln, da die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, weitaus größer sei als bisher angenommen. Hans Fendt Gessertshausen

Korrekturen

□ In „Gute Daten, schlechte Daten“ vom 15. November auf Seite 15 wurde der Hauptreferent Bernd Holznel von der Universität Münster anfangs namentlich korrekt, dann aber als Rosnagel zitiert. □ In „Die glücklichen Nörgler“ vom 5./6. November auf Seite 15 wurde der französische Ausdruck „chair de poule“ wörtlich mit „Hühnerhaut“ übersetzt. Was in der deutschsprachigen Schweiz so durchgehen kann, heißt im Deutschen aber „Gänsehaut“.

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. E-Mail: forum@sueddeutsche.de

Krisenbewältiger verzweifelt gesucht

In Griechenland und Italien sollen neue Regierungen die Kastanien aus dem Feuer holen – doch an ihren Fähigkeiten ist zu zweifeln

„Der Wahnsinn nistet noch in den Köpfen“ – und „Mario Monti, einstiger EU-Kommissar, der für das andere Italien steht“ soll es richten (5./6. November): Beide Artikel sagen mehr als ganze Zeitungen oder Bücher. Der Niedergang der Währungsunion und darüber hinaus des Westens, hier insbesondere des Abendlandes, sind unausweichlich. Andere Wirtschaftsräume werden das Sagen haben. Die Politiker, welche die Einführung des Euro vorangetrieben haben, sollen die gravierenden Unterschiede der Euro-Länder damals nicht erkannt haben? Die Regierungen sollen von fachlich hoch qualifizierten Beamten beraten worden sein? Damals wie heute gab beziehungsweise gibt es in Deutschland, Frankreich und dem übrigen Euro-Raum ein Heer von Professoren und Doktoren der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialwissenschaften. Es gab und gibt eine Unzahl umfassender Untersuchungen/Studien in diesen Wissenschaftsbereichen, die vom europäischen Steuerbürger bezahlt wurden und werden.

Warum aber lese ich erst jetzt, wie in Griechenland, Spanien und Portugal Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik praktiziert wird und welche gravierenden Unterschiede sehr mehr als zwei oder drei Jahrzehnten zwischen den einzelnen Euro-Ländern bestehen? Warum haben die politischen und akademischen Eliten nicht vor der Währungsunion bemerkt, dass nicht zusammengehört, was nicht zusammenpasst oder, dass zumindest die dazu geschlossenen Verträge völlig unzureichend waren? Jetzt soll Mario Monti es in Italien richten. Dass er kein Bunga-Bunga-Mann, sondern ein „nachenklischer, gebildeter und international erfahrener“ Italiener ist, prädestiniert ihn keinesfalls für die Regierungsverantwortung zur Durchsetzung der notwendigen riesigen Veränderungen in Italien. Dringend benötigte „Kapazitäten“ der Wirtschafts- und Finanzpolitik drängen sich, auch in Deutschland, offensichtlich wenig in die kalten Gladiatorenrennen der Politik. Sie verbleiben wohl doch lieber in den warmen Wissenschaftsstuben.

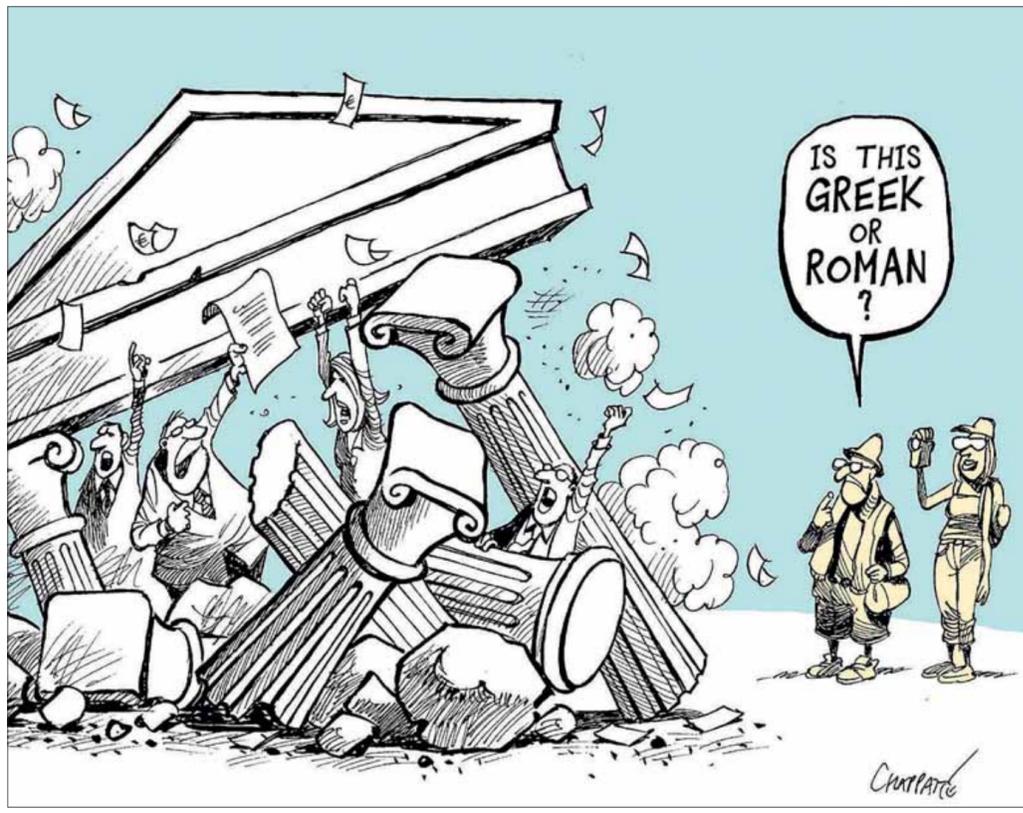
Horst Schmidt Berlin

Athen blieb nur der Beitritt

War es nicht ein sinistrierender Schachzug der Griechen, eine Volksabstimmung vorzuschlagen („Notbremse in Athen“, 4. November)? Ebenso perfide wie seinerzeit ihr Einschleichen in die Euro-Zone.

Wo bleibt der Protest der Patienten?

Die „Panne“ mit Tausenden Krankenakten in Schleswig-Holstein zeigt einmal mehr, was zwischen jeder Jugendliche bei Facebook weiß: Elektronisch gespeicherte personenbezogene Daten sind nicht sicher („Krankenakten im Internet“, 5./6. November). Die noch von der ehemaligen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt auf den Weg gebrachte Einführung der elektronischen Gesundheitskarte wird gerade verwirklicht. Zwar wird in einem ersten Schritt nur die Speicherung der Patientendaten auf der Karte selbst erfolgen, eigentliches Ziel ist aber in einem zweiten Schritt die Speicherung aller patientenbezogenen Daten auf einem zentralen Server. So soll jeder Arzt und Psychotherapeut Zugang auf die vollständigen Krankenakten der gesetzlich Versicherten erhalten. Was ursprünglich als Sparmaßnahme gedacht war (Doppeluntersuchungen vermeiden), gerät zum milliardenschweren



Euro-Krise: Ist das griechisch oder römisch?

Illustration: Chappatte

Oder schon das Erdenken der Demokratie. Wo wir ihnen doch gerade so brüderlich helfen wollten. Oder unseren Banken. Oder unserem Way of Life insgesamt. Aber seien wir mal einen Augenblick nicht ironisch und versuchen, Selbstbild und Fremdbild zu trennen. Es ist kein Wunder, dass Griechenland nicht zwischen Euro-Zone und Türkei verhungern wollte. Seine einzige realistische Entwicklungschance lag im Beitritt – wie seinerzeit auch im Falle der DDR. Und ähnlich wie im Falle der DDR hat das „Anstecken mit Prosperität“ – wenn überhaupt – dann nur schlechter geklappt als versprochen. Kein wirkliches Wunder, wenn man ein Land wie Grie-

chenland zu einem guten Teil mit Waffen und Luxuskarossen flutet – beides ist nach landläufiger Erfahrung zwar in der Herstellung wertschöpfend, weniger aber im Einsatz. Daneben haben wir den Griechen und uns noch den Tourismus gegönnt. Kein Wunder dann auch, dass heute Inseln und Ausgrabungsstätten zu den wenigen liquidierten Assets des Landes rechnen. Nicht die Griechen haben es nicht geschafft, sich zu integrieren. Wir haben es allen Kohäsionsparolen zum Trotz nicht zu Wege gebracht, Griechenland die Möglichkeit zum eigenständigen und nachhaltigen Geldverdienen zu geben. Dr. Karl Ulrich Voss Burscheid

Andere systemrelevante Themen gehen unter

Eine fatale Folge der europäischen Finanzkrise ist, dass entscheidende Zukunftsthemen wie zum Beispiel die Frage, was pflegebedürftige Bürger und diejenigen, die sie pflegen, in diesem Land erwarten dürfen, aus dem (finanz-)politischen Blick geraten („Die Wut der Pflegenden“, 4. November). An solchen Fragen aber entscheidet sich, ob sich unser Gemeinwesen hier in Deutschland überhaupt noch human nennen darf. Sie sind durchaus genauso „systemrelevant“. Josef Silbermann München

Weitere Leserbriefe

staatlichen Subventionsprogramm für Hersteller von Karten und neuen Lesegeräten sowie zur Schaffung einer riesigen, hochsensiblen Datenbank, in der Depression, Persönlichkeitsstörung oder seelische Traumata eines Patienten ebenso abgespeichert wären wie die Unverträglichkeit gegenüber einem Medikament oder Röntgenbilder seiner Knie. Über den Datenschutz wird dabei trotz massiver Bedenken von Ärzten und Psychotherapeuten politisch längst nicht mehr diskutiert. Wo bleibt der massive Protest der Patienten? Dr. Lothar Schon München

Koalition der Verdrängung

Die FDP wirkt langsam autistisch („Ein Versöhnungspaket“, 8. November). Sechs Milliarden Euro Steuersenkung, die wieder vor allem den Besserverdienenden zugutekommt. Die dreiste Erklärung: „Damit leisten wir einen Beitrag

zur sozialen Gerechtigkeit.“ Gleichzeitig wird berichtet, dass in Westdeutschland der Ausbau von Kindertagesstätten hängt. In Köln bewerben sich in manchen Stadtteilen 20 bis 30 Familien um einen Kita-Platz. Die Antwort der CSU? 100 Euro für jede Familie, die die Kinder zu Hause erzieht. In der Krise versuchen die Regierungsparteien, ihr altes Profil zu bewahren. Die Wirklichkeit und die Ursachen der jetzigen Systemkrise verändern sie lieber. Davide Brocchi Köln

Reformen mussten der Partei abgetrotzt werden

Es ist sicher noch immer so gewesen, dass den Kanzlern der SPD in und außerhalb ihres Dienstes Klischees angehängt worden sind („Schach dem Kanzler“, 29./30. Oktober): Der erste war zu charismatisch, sodass die einen ihn als Mann diffamierten, der gern lau badet, die anderen seine mit dem Charisma verbunde-

nen Visionen als Krankheit diagnostizieren. Dem zweiten gingen vor lauter Sachbezogenheit die Visionen völlig verloren, und wer Wahlkämpfe für die SPD Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre unterstützt hat, weiß, wie schwierig es zum Beispiel war, die Arbeiterschaft zu mobilisieren. Der dritte vertat eine ganze Legislaturperiode, bis er sich – gegen durchaus bemerkenswerte Minderheiten der Parteimitglieder – zu den Reformen aufraffte, die heute wesentliche Begründung für die (wirtschaftlich) führende Rolle Deutschlands in Europa und darüber hinaus sind. Es waren keineswegs die eingefleischten Gegner der SPD, die diese Brüche generierten; dazu war die SPD ganz allein in der Lage.

Es ist immer misslich, Persönlichkeiten der Zukunft an solchen der Vergangenheit zu messen, schon gar, wenn dabei eine gewisse Vergesslichkeit diese vergoldet. (Helmut Schmidts Bekenntnis zur Sozialdemokratie war keine emotionale Identifizierung mit dem Parteivolk, sondern eine Antwort auf den Vorwurf,

Gemeinsam gestolpert

Politik und Wirtschaft lassen sich nicht so einfach voneinander trennen

Erklärungsmodelle wie „die Politik hie und die Wirtschaft da“ lassen sich immer wohlfeil anbieten, haben aber mit der heutigen Realität nichts zu tun („Scheiternde Ökonomen“, 4. November). Beide Bereiche sind weder personell noch ideologisch zu trennen. Das Personal der „Politik“ wechselt bekanntlich mühsam und oft ungeachtet entsprechender Fähigkeiten in die „Wirtschaft“ hinüber oder gründet Beraterfirmen für ebendiese. Umgekehrt lassen sich Mitarbeiter von Anwaltskanzleien großer Unternehmen in Ministerien nieder und schreiben dort Gesetzesvorlagen. Das funktioniert deshalb reibungslos, weil die (vermutlich von Gustav Seibt in dem Artikel gemeinten) Unterschiede zwischen der Politik, die das Allgemeinwohl im Auge habe, und den partikularen Interessen der Wirtschaft spätestens damals verschwunden sind, als Politik, Staat und schließlich die Gesellschaft sich selbst nur noch als allumfassenden Wirtschaftsprozess zu verstehen begannen. Wenn alles sowieso Wirtschaft ist, dann ist es egal, wo jemand seinen Job macht: als Minister oder als Vorstandsvorsitzender.

Damit wären wir beim zweiten Punkt: dem ideologischen Gleichklang. So lange ich denken kann, vertrat Politik und Wirtschaft jahrzehntelang die These „Gewinne der Unternehmen = Investitionen = Arbeitsplätze = Wohlstand für alle“. Bis hin zur SPD predigten „Politik“ und „Wirtschaft“ den neoliberalen „ungehemmten Markt“ als Schlüssel zur Zukunft für alle. Nicht erst die sich ausbreitende Schere zwischen Arm und Reich, aber spätestens der Finanzcrash enthüllten den völligen Humbug dieser gemeinsamen ideologischen Propaganda. Seibt schreibt: „Die enorme Macht eines vergleichsweise kleinen Teils der Finanzmärkte, der Währungsspekulanten, beruht auf politischen Vorentscheidungen.“ Ja natürlich, aber die sind nicht einsam und allein im Kämmerchen der Politik gefallen. Den Finanzmarkt zu deregulieren und ein Kasino zu eröffnen, in dem Geld allein mit Geld verdient werden kann und eben nicht investiert wird, war gemeinsames Projekt von Politik und Wirtschaft. So wie das jetzige Krisenmanagement ebenfalls ein gemeinsames ist, um den Scherbenhaufen wieder zusammenzukleben, den beide angerichtet haben. Oder glaubt der Autor allen Ernstes, „die Politik“ würde ihre Entscheidungen ohne den Rat „der Wirtschaft“ treffen oder gar gegen sie? Wieland Schmid Wincheringen

Überfordert mit der Rolle des Quasi-Gottes

Zur Verurteilung des Arztes von Michael Jackson berichten Sie über die Freude seiner Anhänger („Ende der Sprechstunde“, 9. November). Im Fernsehen waren karnevalische Szenen zu sehen. Ob sich einer dieser Fans Gedanken gemacht hat, inwieweit er an Jacksons Tod durch das eigene Verhalten – eine zur Raserei gewordene Verehrung, die ihn in die Rolle eines Gottes hineingepresst hat – mitverantwortlich ist? Volker Schlange Reinbek

ANZEIGE

airberlin.com Your Airline. Flying home for Christmas. Mit dem Weihnachtstarif von airberlin. Hin- und zurück für 88€

Das Wetter heute: Teils neblig-trüb, teils freundlich

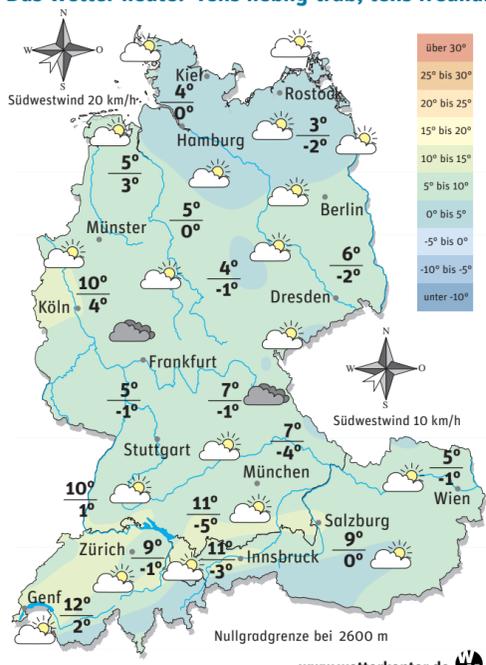


Table with weather forecasts for various German cities including Berlin, Hamburg, Frankfurt, and Munich, listing temperature ranges and conditions.

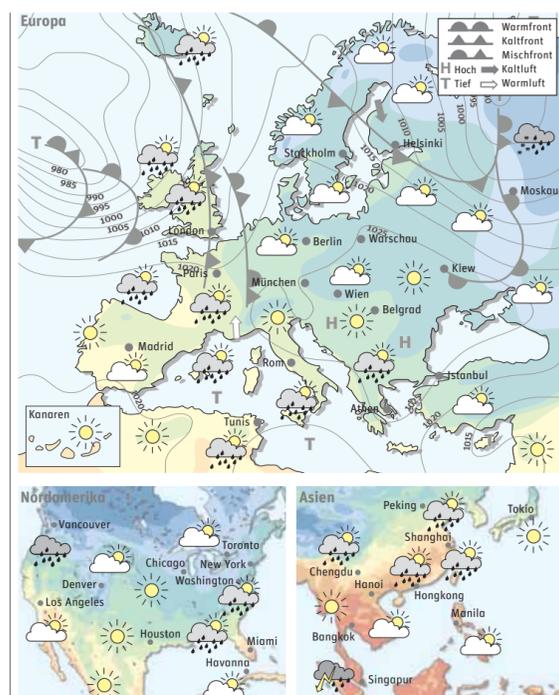


Table with international weather forecasts for cities like Amsterdam, London, Paris, and others, including temperature and condition data.